



Gestatten: Alexander Kotz



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser unseres Newsletters,

ich möchte mit dem Versand unseres Newsletters die Gelegenheit nutzen, mich Ihnen als neuen Vorsitzenden der CDU-Gemeinderatsfraktion Stuttgart kurz vorzustellen.

Die CDU Fraktion hat mich mit großer Mehrheit zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Ich freue mich auf die großen Herausforderungen, die mit dem Amt verbunden sind. Es ist mein fester Wille, die CDU-Fraktion noch stärker als bisher als die gestaltende Kraft im Stuttgarter Rathaus zu positionieren. Gerade weil wir zur Zeit nicht Mehrheitsführer sind, müssen wir umso mehr durch klare Ziele, intensive Debatten und überzeugende Konzepte versuchen, die Politik in unserer Stadt mitzugestalten.

Ein enger Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern – hierbei sehe ich den Newsletter als ein wichtiges Kommunikationsmittel an – ist nach meiner festen Auffassung zwingend nötig für erfolgreiche politische Arbeit. Der Newsletter gibt Ihnen die Möglichkeit, sich über politische Positionen und Aktivitäten der CDU-Fraktion zu informieren – er gibt uns die Möglichkeit, Ihnen unsere Ansichten und politischen Maßnahmen näher zu bringen. Politik heißt für mich Gestalten – für die Menschen und vor allem mit den Menschen.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Spaß beim Lesen. Geben Sie uns Ihre Anregungen, empfehlen Sie uns weiter.

Vielen Dank

Mit den besten Grüßen

Ihr
Alexander Kotz
Fraktionsvorsitzender

CDU-Gemeinderatsfraktion
Landeshauptstadt Stuttgart
Rathaus - Marktplatz 1
70173 Stuttgart
Tel: 0711/ 216-6281
Fax: 0711/ 216-7710
E-Mail: cdu.fraktion@stuttgart.de

P.S.: Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail an:
cdu.fraktion@stuttgart.de



Ausgabe Nr. 86 · Oktober 2010

Alexander Kotz ist neuer Fraktionsvorsitzender

Zum neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion ist Alexander Kotz gewählt worden. Der bisherige stv. Vorsitzende erhielt in geheimer Wahl von den 14 anwesenden Stadträten 12 Ja- und 2 Nein-Stimmen. Damit tritt der 40-jährige selbständige Sanitär- und Heizungsbaumeister die Nachfolge von Fred-Jürgen Stradinger an, der seinen Rückzug aus diesem Amt mit dem beruflichen Aufgabenzuwachs im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz und dem enormen Zeitaufwand, der mit der Funktion des Fraktionsvorsitzenden einhergeht, erklärt hat.



OB Dr. Wolfgang Schuster gratuliert Stadtrat Alexander Kotz zur Wahl zum Fraktionsvorsitzenden

Fred-Jürgen Stradinger gratulierte Alexander Kotz und wünschte ihm eine gute Hand für die Führung der Fraktion. Alexander Kotz dankte den Fraktionsmitgliedern für das Vertrauensvotum. „Gemeinsam mit meinen Stellvertretern werden wir vertrauensvoll und teamorientiert zusammenarbeiten. Die Arbeit, die Fred Stradinger als Vorsitzender geleistet hat, bildet eine gute Voraussetzung für die erfolgreiche Fortsetzung der Fraktionsarbeit nach außen wie nach innen. Zum neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde Fred-Jürgen Stradinger gewählt. Als weitere Stellvertreterin bleibt Iris Ripsam - wie bisher - im Amt.

KURZ INFORMIERT

Keine neuen Steuern in Stuttgart

Weitere Einsparungen im Sozial- und Kulturbereich verhindert – Waffenbesitzsteuer ist vom Tisch

Die kritischen Fragen der CDU vor der Sommerpause haben sich gelohnt: Mittlerweile ist auch die Stadtverwaltung von ihrem Vorhaben abgerückt, eine Waffenbesitzsteuer in Stuttgart einzuführen. Die CDU trägt den

Stadtrat Jürgen Sauer, Sprecher der CDU-Fraktion im Verwaltungsausschuss, steht hier stellvertretend für den Kurs der CDU-Gemeinderatsfraktion „Einsparungen vornehmen statt Steuern und Abgaben erhöhen“.



Kurs der Verwaltung aus voller Überzeugung mit. Der Sprecher der CDU-Fraktion im Verwaltungsausschuss Jürgen Sauer: „Um unsere Stadt sicherer zu machen, setzen wir auf die kompromisslose Anwendung des mehrfach verschärften Waffenrechts, das unter anderem strenge Kontrollen der Waffenbesitzer vorsieht.“

Auch bei der Ablehnung einer weiteren neuen Steuer hat sich die CDU-Fraktion durchgesetzt. Mit breiter Mehrheit wurde der Spuk der Bettensteuer in Stuttgart beendet. Diese Idee der Grünen wäre nicht nur gleich in mehrfacher Hinsicht rechtswidrig gewesen, mit dieser neuen Steuer hätten auch die Besucher unserer Stadt ebenso willkürlich wie ungerecht zur Kasse gebeten werden sollen.

Zusätzliche Einnahmen aus der Vergnügungssteuer von jährlich 3,5 Mio. Euro lassen neben dem Ersatz für entgangene Einnahmen aus der zurückgezogenen Waffenbesitzsteuer weitere finanzielle Spielräume zu. Deshalb hat nach der SPD-Fraktion auch die CDU-Fraktion mit einem Antrag dafür gesorgt, dass die in den letzten Haushaltsberatungen beschlossenen Kürzungen von 450.000 Euro für die Kultur zusammen mit den Kürzungen in Höhe von 249.000 Euro für das Referat Soziales, Jugend und Gesundheit (SJG) nicht mehr weiterverfolgt werden. „Beide Entscheidungen in einem Gesamtvolumen von 700.000 Euro zeigen, dass wir schmerzhaft finanzielle Einschnitte nur dann für nötig halten, wenn es angesichts unserer finanzpolitischen Verantwortung für den städtischen Haushalt keine Alternative gibt“, betont Stadtrat Jürgen Sauer.

Stuttgart 21 – Städtebauliche Entwicklung mit den Bürgern

Die CDU-Fraktion sieht im Projekt Stuttgart 21 die Chance für eine dauerhafte Einbindung der Landeshauptstadt in das Fernverkehrsnetz, aber auch für spürbare Verbesserungen im regionalen Nahverkehr. Der Umbau des Kopfbahnhofs in einen Durchgangsbahnhof eröffnet der Stadt auf den von ihr erworbenen und gegenwärtig zum Teil noch von der Deutschen Bahn AG genutzten Flächen neben der großzügigen Erweiterung des Stadtparks auch einmalige städtebauliche Entwicklungschancen.

Wir räumen ein, dass es bei der Kommunikation des Projektes und seiner Vorteile für die Stuttgarter Bevölkerung in den vergangenen Jahren Defizite gegeben hat. Wachsender Skepsis, Besorgnis und Ablehnung in Teilen der Bürgerschaft können wir auf Dauer nur mit umfassenden und ausgewogenen Informationen sowie der ständigen Einbindung aller Bürger in anstehende, sie unmittelbar betreffende Entscheidungen wirkungsvoll begegnen.

Deshalb beantragt die CDU, dass die Stadtverwaltung öffentliche Veranstaltungen organisiert, in denen sie einen aktuellen Überblick für die Flächen des Europaviertels und des Rosensteinviertels gibt, insbesondere darüber, welche Flächen in der Vergangenheit bereits mit Bürgerbeteiligung geplant worden sind und zu welchen Ergebnissen diese Planungen geführt haben. Des weiteren interessiert sie, für welche Flächen die Ergebnisse städtebaulicher Wettbewerbe vorliegen, jedoch für eine neue Planung mit Bürgerbeteiligung in Frage kommen könnten und welche Flächen noch komplett neu gemeinsam mit den Bürgern unserer Stadt geplant werden können. In einem zweiten Schritt sollte dann in der Veranstaltung das geeignete Verfahren einer offenen Bürgerbeteiligung mit Einbindung von Gemeinderat und Experten für jede der in Frage kommenden Flächen öffentlich zur Diskussion gestellt werden.

Demonstrieren ja, aber bitte friedlich

Nach einer bereits eskalierten Demonstration gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 appelliert die CDU-Fraktion weiter, sich friedfertig zu verhalten. Dies gilt für S 21-Befürworter wie für -Gegner. „Gleichwohl sprechen wir ungern von Gegnern, denn es geht uns allen um unser Stuttgart und das vereint uns“, so Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz. Alle sind angehalten, das in unserem Rechtsstaat garantierte Demonstrationsrecht nicht zu missbrauchen, ansonsten berauben wir uns dieses Rechtes letzten Endes selbst. „Wer sich beispielsweise Polizeieinsatzfahrzeugen in den Weg stellt und wer Kinder bei Demonstrationen in gefährliche Situationen bringt – Stichwort Wasserwerfer –, überschreitet die Grenze des legalen und moralisch akzeptablen Demonstrierens.“

Es geht um viel für Stuttgart und Baden-Württemberg. Es geht um die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt und Region – es geht um die jungen Menschen, die am meisten von diesem Projekt profitieren. Die Chancen, die Stuttgart 21 birgt dürfen nicht verwirkt werden. Lange wurde das Projekt diskutiert und schließlich beschlossen. Ein solcher, im demokratischen Prozedere getroffene Beschluss muss in einem Rechtsstaat seine Gültigkeit haben. Das gehört, wie das Demonstrationsrecht, ebenfalls zu einer funktionierenden Demokratie!

Neue Anträge der CDU-Fraktion

- **Optionskommune Stuttgart**
– die Option für bessere Chancen für die Stuttgarter gemeinsam mit FDP und Freie Wähler
19.10.10 Nr. 309/2010
- **Rathausbibliothek erhalten!**
18.10.10 Nr. 306/2010
- **Sportkindergarten des TVC in Freiberg muss kommen**
15.10.10 Nr. 304/2010
- **Zweitwohnungssteuer – Steuergerechtigkeit**
15.10.10 Nr. 303/2010
- **Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt**
15.10.10 Nr. 301/2010
- **Stärkung der Freien Tanz- und Theaterszene**
13.10.10 Nr. 299/2010
- **Weiterentwicklung der konventionellen Busse der SSB**
11.10.10 Nr. 296/2010
- **Gesundheit am Arbeitsplatz:**
Verwaltungsgebäude am Österreichischen Platz
gemeinsam mit SPD
08.10.10 Nr. 294/2010
- **Konrad-Adenauer-Str. vor dem Charlottenplatz**
30.09.10 Nr. 289/2010
- **Entsorgung von CDs bei AWS**
21.09.10 Nr. 279/2010
- **Hände weg von der Steuerschraube**
20.09.10 Nr. 277/2010
- **Bevölkerungsentwicklung in Stuttgart**
20.09.10 Nr. 278/2010
- **Ehrenamt nachhaltig unterstützen – Jugendrotkreuz**
17.09.10 Nr. 275/2010